POLITTALK

Die Zeit läuft!

Das Übereinkommen von Paris hat zum Ziel, den globalen Temperaturanstieg auf deutlich unter zwei Grad Celsius gegenüber der vorindustriellen Zeit zu begrenzen. Idealerweise wird der Temperaturanstieg auf weniger als 1,5 Grad begrenzt.
Bereits heute ist die globale Mitteltemperatur gegenüber 1850 ein Grad erhöht. In der Schweiz erhöht sich die Temperatur aber doppelt so stark und auch wenn das Pariser Ziel erreicht wird, kann es in 40 Jahren im Mittelland durchschnittlich nochmal zwei zusätzliche Grad wärmer sein.
Was mit aber Sorgen bereitet, ist nicht primär die mittlere Erwärmung der Temperatur, sondern die Zunahme der Extremereignisse und der Hitzetage sowie die saisonale Verschiebung von Niederschlägen: Im Sommer wird es trockener und im Winter nehmen die Niederschläge zu. Zukünftig werden Niederschläge kürzer, dafür heftiger.
Diese Folgen des Klimawandels werden alle zu spüren bekommen. Die Landwirtschaft die Verschiebung der Niederschläge, die Schwächeren die Zunahme der Hitzetage und die Gesellschaft Schäden der Extremereignisse.
Jetzt liegt es an uns, unseren Beitrag zur Beschränkung des Klimawandels zu leisten. Ein JA zum CO_2-Gesetz am 13. Juni ist nur ein kleiner, aber notwendiger Zwischenschritt.

Florian Meier

Florian Meier ist Kantonsrat und Mitglied der Grünen Winterthur.

Jürg Altwegg will Sitz verteidigen

Winterthur Bei den Gesamterneuerungswahlen im Februar 2022 will die Parteileitung der Winterthurer Grünen ihren Stadtratssitz mit dem jetzigen Amtsinhaber verteidigen. Jürg Altwegg möchte erneut kandidieren, nachdem er in einer Ersatzwahl 2017 gewählt und im Jahr darauf bei den letzten Gesamterneuerungswahlen mit dem zweitbesten Resultat der gewählten Stadtratsmitglieder bestätigt wurde. Schulvorsteher Altwegg habe in der jetzigen Legislatur durch eine unaufgeregte und umsichtige Führung überzeugt, so die Parteileitung in einer Medienmitteilung. Sie werde den Mitgliedern an der Versammlung vom 14. April seine erneute Nomination empfehlen. *pd/mth*

Impfzentrum startet nach Ostern

Winterthur Der Kanton Zürich schaltet kommenden Montag, 29. März, die Anmeldeplattform für die Corona-Impfungen auf. Personen ab 65 Jahren können sich dann auf www.zh.ch/coronaimpfung registrieren, die Über-75-Jährigen direkt einen Termin buchen. Nach Ostern öffnen im Kanton Zürich auch die regionalen Impfzentren gestaffelt ihre Toren. Das Impfzentrum Winterthur an der Klosterstrasse 22 auf dem Rieter-Areal in Töss nimmt am 6. April seinen Betrieb auf. Die Infrastruktur steht schon bereit. *pd/mth*

Der Gemeinderat von Seuzach will die Steuern um sechs Prozentpunkte anheben. Das letzte Wort hat der Souverän. mth

Seuzach entscheidet an Urne, ob Steuern erhöht werden

Von Michael Hotz

Am Sonntag stimmt Seuzach über das Budget und den Steuerfuss ab. Gemeinderat, Parteien und RPK sind für den Antrag mit einer Steuererhöhung um sechs Prozentpunkte. Mit einem kritischen Flugblatt haben sich fünf befreundete Pensionäre in den Abstimmungskampf eingeschaltet.

Seuzach Mit einem Notbudget ist die Gemeinde Seuzach ins neue Jahr gestartet. Die Stimmberechtigten hatten an der Gemeindeversammlung Anfang Dezember das Budget 2021 und die Steuerfusserhöhung um 7 Prozentpunkte klar abgelehnt. Nun kommt es diesen Sonntag zu einer Urnenabstimmung über das Budget. Der Kantonsrat hat wegen Corona vor rund vier Monaten die gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen.
Der Virus ist auch der Grund, weshalb der Gemeinderat eine Abstimmung angeordnet hat, statt wie üblich eine Gemeindeversammlung durchzuführen, obwohl Gemeindepräsidentin Katharina Weibel eine solche viel lieber gehabt hätte, wie sie betont. Aber: «Wir mussten aus epidemiologischen und kostentechnischen Gründen auf die Urnenabstimmung umschwenken, denn die Durchführung in der Dreifachturnhalle Rietacker und womöglich im Gemeindesaal hätte die Gesundheit der Teilnehmenden gefährden können und uns rund 50'000 Franken gekostet.» Benno Suter, Präsident der Rechnungsprüfungskommission (RPK), trägt diesen Entscheid mit: «Nachdem nun Urnenabstimmungen zugelassen wurden, wäre eine Gemeindeversammlung unverantwortlich gewesen und hätte auch Risikopersonen vom politischen Prozess ausgeschlossen.»

Wahl zwischen zwei Varianten

Bei der Abstimmung können sich die Seuzemer bei gleichem Budget zwischen zwei Steuerfüssen entscheiden. Zur Auswahl stehen der Hauptantrag mit einem Steuerfuss von 89 Prozent und einem Plus von 540'000 Franken sowie der Variantenantrag mit einem unveränderten Steuerfuss von 83 Prozent und einem Minus von 770'000 Franken. Der Gesamtsteuerfuss beträgt dann 105 respektive 99 Prozent.
Der Gemeinderat unterstützt den Hauptantrag. Laut Gemeindepräsidentin Weibel hätte die Annahme des Variantenantrags mehrere negative Folgen: «Der Schuldenberg würde grösser, den die Jungen bezahlen müssten. Wir könnten keine Investitionen tätigen, und der Werterhalt der Liegenschaften wäre infrage gestellt.» Zudem seien sich Vertretende von Gewerbe, Vereinen und Organisationen bewusst, dass allenfalls Kosten auf sie überwälzt würden. Und: «Die Solidarität der Sekundarschulgemeinde, vorübergehend auf 2 Steuerfussprozente zu verzichten, käme einer Steuersenkung gleich.»

Teure Projekte als Ursache

Für den Hauptantrag spricht sich auch die RPK aus. Präsident Suter begründet dies so: «Der budgetierte Aufwandüberschuss im Variantenantrage würde die Fremdverschuldung vergrössern, die sich schon am oberen Ende bewegt.» Damit würde das Risiko des Bounce Back Effekts steigen, also dass noch massivere Steuererhöhungen drohen würden, wenn sich die finanzielle Lage weiter verschlechtere. Er betont aber auch, nicht die RPK bestimme, was ein lebenswertes Seuzach ausmache, sondern die Politik und der Souverän. «Falls der Variantenantrag angenommen wird, ist dies ein wiederholtes Verdikt, dass der Souverän ein lebenswertes Seuzach mit Abstrichen bei den öffentlichen Leistungen wünscht.» Die Stimmberechtigten hätten teure Projekte wie den Bau der Bibliothek und der Kindertagesinfrastruktur sowie die von der RPK zur Ablehnung empfohlene Schwimmbadsanierung gutgeheissen. «Diese sind jetzt neben anderen grossen strukturellen Problemen ursächlich für die angespannte finanzielle Lage.»

Flyer an alle Haushalte verschickt

Weil sich die vier Ortsparteien EVP, FDP, GLP und SVP ebenfalls für den Hauptantrag starkmachen, spricht Heini Metzger von einem Kampf David gegen Goliath. Er und seine vier Mitstreiter Hans Rudolf Hollenstein, Dieter Schulthess, Peter Widmer und Hans Rudolf Wyss wehren sich gegen die beantragte Steuererhöhung. Sie haben als «Interessengemeinschaft pro Seuzi» einen A5-Flyer an alle Haushalte verschicken lassen. Im Flugblatt werben die fünf Pensionäre für ein Ja zum Variantenantrag und kritisieren die Finanzpolitik des Gemeinderates scharf. «Seuzach hat keinen Goldesel», heisst es auf dem Flyer, versehen mit einer entsprechenden Karikatur. «Erhöhen wir die Steuern für 2021, wäre dies das dritte Mal innert fünf Jahren», sagt Metzger dazu. 2016 lag der Steuerfuss der politischen Gemeinde noch bei 66 Prozent, also 23 Steuerprozentpunkte tiefer als bei Annahme des Hauptantrags, was einer Zunahme von 35 Prozent entspricht.
Die fünf Seuzemer stört, dass der Gemeinderat an der Urne über Budget und Steuerfuss abstimmen lässt. Dadurch seien Diskussionen und Anträge nicht mehr möglich. Das Mitbestimmungsrecht werde ausgehebelt. Gleichzeitig werfen sie dem Gemeinderat vor, sich zu weigern, den Sparauftrag der Steuerzahlenden auszuführen. «An der Gemeindeversammlung waren sehr viele Sparvoten zu hören», sagt Metzger. Die jetzt budgetierten Einsparungen von rund 15'000 Franken gegenüber dem ersten Budgetantrag seien ein Affront. Die Gemeinde, die mit einer Stellungnahme auf das Flugblatt reagiert hat, schreibt hingegen, dass 234'000 Franken gespart werden und deshalb die neu beantragte Steuererhöhung um 1 Prozentpunkt tiefer ausfällt als noch im Dezember 2020, was 219'000 Franken ausmacht. «Ein Grossteil der sogenannten Einsparungen basiert lediglich auf aktualisierten Hochrechnungen und genaueren Berechnungsgrundlagen aus dem ganzen Vorjahr und ist deshalb rein kosmetischer Natur, also kein Sparbudget», hält Metzger dagegen.
Den Vorwurf, nicht sparen zu wollen, will indes Gemeindepräsidentin Weibel nicht gelten lassen: «Das aktuelle Budget wurde mehrfach überarbeitet und präsentiert sich ausgewogen. An der Gemeindeversammlung wurden keine konkreten Sparanträge gestellt, darum hat der Gemeinderat das Budget aufgrund der bekannten Zahlen aktualisiert und den Steuererhöhungsantrag um 1 Prozentpunkt gesenkt.»

Alle gegen die IG

Bezüglich der Chancen, dass der Variantenantrag bei der Abstimmung angenommen wird, sieht sich die IG pro Seuzi in der Aussenseiterrolle. Als kleine Gruppe hätten sie die Behörden und Parteien gegen sich. Gemeindepräsidentin Weibel gibt sich zuversichtlich, dass der Hauptantrag durchkommt, was auch RPK-Präsident Suter vermutet.
Von allen Seiten unerwünscht wäre, wenn beide Anträge diesen Sonntag scheitern würden. Dann würde der Regierungsrat den Steuerfuss und das Budget voraussichtlich bis Ende April festlegen. Geplante Projekte könnten solange nicht in Angriff genommen werden, denn bis dahin würde in Seuzach weiterhin das Notbudget gelten.

POLITTALK

Das Prinzip Verantwortung

Im Sommer 2019 fand in Winterthur die erste Klimadebatte im Parlament statt. Vor Kurzem wurde nun der Klima-Massnahmenplan vorgestellt – fast zwei Jahre später! «Netto-Null 2050» sei das Ziel, schreibt der Stadtrat. Diverse Interessensgruppen konnten Vorschläge einreichen, daraus resultiert ein umfangreicher Grundlagenbericht und 54 Massnahmen.
Letzen Freitag ging der Klimastreik Winterthur daher auf die Strasse. Bei einem Besuch in der «Steibi» nutzte ich die Gelegenheit zum Austausch mit einigen Aktivistinnen und Aktivisten. Ihre Enttäuschung und Frustration verstehe ich. Die Stadt Winterthur scheint erkannt zu haben, dass Nichthandeln schwerwiegendere Konsequenzen mit sich bringt und letztlich höhere Kosten verursacht. Aber mit dem Massnahmenplan bis 2028, der zur Kenntnisnahme vorgelegt wird, werden aus meiner Sicht bei weitem nicht alle Erwartungen erfüllt. Es kann nur Minimalziel sein. Jetzt ist Tempo in der Umsetzung gefragt, Transparenz, demokratische und partizipative Prozesse für die Bevölkerung, Denken ausserhalb gegebener Realitäten und Strukturen. Am Klimastreik war auf einem Transparent zu lesen: «Netto Null 2050 global heisst Netto Null 2030 lokal» – das sollte möglich sein.

Roger Reuss

Roger Reuss ist Mitglied der GLP Winterthur.

Gemeindehaus soll modernisiert werden

Zell Die vorberatende Gemeindeversammlung von Zell genehmigte am 15. März den Bruttokredit für die Modernisierung des in den Jahren 1996 und 1997 gebauten Gemeindehauses und hat den Stimmberechtigten empfohlen, an der Urnenabstimmung vom 13. Juni das Geschäft gutzuheissen. Das über 20 Jahre alte Gemeindehaus soll modernisiert werden, damit es den heutigen Anforderungen an Sicherheit und Diskretion entspricht. Die Kunden sollen sich im dreigeschossigen Bau am Spiegelacker 5 in Rikon durch die klar strukturierten Zugänge und Verkehrswege einfach zurechtfinden. Der Umbau ist geschossweise geplant, so dass die einzelnen Abteilungen innerhalb des Gebäudes verlegt werden können und nicht die ganze Verwaltung ausgelagert werden muss. Zur Überbrückung sind ausserdem Containerprovisorien für einen Zeitraum von rund sechs Monaten geplant.
Für das Projekt veranschlagt sind Kosten von knapp 2,4 Millionen Franken. Eingerechnet sind sämtliche Bauleistungen im und am Gebäude, kleinere Anpassungen in der Umgebung, Honorare, Nebenkosten und eine Reserve für Unvorhergesehenes. Wird dem entsprechenden Kredit an der Urnenabstimmung im Juni zugestimmt, kann der Architekt mit der Detailplanung beauftragt werden. Die Bauarbeiten werden dann voraussichtlich Ende 2021 starten und im Herbst 2022 abgeschlossen sein. *pd/mth*